

beraten und beschlossen

Bericht aus der Landessynode

XII. Tagung der 24. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 29. Mai bis 1. Juni 2013

Ministerpräsident ehrt Landessynode

Mit einem Festakt hat die Landessynode an die Anfänge der Demokratie in der Landeskirche erinnert. Vor 150 Jahren erhielten die Gemeinden des Königreichs Hannover ein eigenes Parlament.

Rund 300 Gäste aus Kirche, Politik und Gesellschaft kamen zur Jubiläumsfeier in die Marktkirche. „Es gibt eine tiefe Verbundenheit zwischen dem Land Niedersachsen und den evangelischen Landeskirchen“, sagte Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) in einem Grußwort. Bei der Gründung des Landes 1946 habe der evangelische Glaube dazu beigetragen, ganz unterschiedliche Regionen zu einem Ganzen zusammenzufügen. Heute sei die Gesellschaft multireligiös, bunt und vielfältig. „Umso wichtiger sind diejenigen Kräfte, die die Gesellschaft zusammenhalten“, unterstrich Weil. „Dazu gehört die evangelische Kirche allemal.“

Unter den Gästen in der Marktkirche waren auch Kirchenkreistagsvorsitzende, Vertreter anderer Religionsgemeinschaften sowie Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD). EKD-Vizepräsidentes Günther Beckstein bezeichnete die Entstehung der Synode im Jahr 1863 als „großen Schritt in Richtung Demokratisierung“. Der frühere bayrische Ministerpräsident hob hervor, dass heute im Kirchenparlament die ehrenamtlichen Mitglieder die Mehrheit bildeten. Damit werde die Kirche „ein Stück lebensnäher“.



Stephan Weil (Mitte) stößt auf das Jubiläum an

Landesbischof Ralf Meister erinnerte an den langen und schwierigen Weg der Demokratie in der Kirche. „Bevor Protestantismus und Demokratie Freundschaft schlossen, waren sie sich lange Zeit fremd gewesen“, sagte er. „Sich der Demokratie anzunähern, kostete Mut und war aus der Sicht vieler Protestantinnen und Protestanten geradezu ein gefährliches Abenteuer.“ Im Festvortrag gab der frühere Magdeburger Bischof Axel Noack zu bedenken, eine Synode könne zwar die äußeren Belange von Kirche und Religion regeln. Sie dürfe allerdings nicht den geistlichen Grund des Glaubens aus den Augen verlieren: „Erst kommt das Hören, dann das Entscheiden.“

Aus dem Inhalt

Gemeinsame Kirche in
Niedersachsen bleibt das Ziel
Seite 2

17 Millionen Euro für
Predigerseminar in Loccum
Seite 6/7

Missionswerk in Hermannsburg
ringt um künftigen Kurs
Seite 10

Gemeinsame Kirche bleibt das Ziel

Die Landessynode hat ausführlich über die Zukunft der Konföderation beraten. Sie will die Gespräche über einen neuen Vertrag mit den anderen vier Kirchen in den nächsten Monaten fortsetzen.

Die Landessynode will an der Idee einer gemeinsamen Kirche in Niedersachsen festhalten. Sie begrüßte die Bereitschaft der vier anderen evangelischen Kirchen, die Konföderation in konzentrierter Form weiterzuführen.

Gleichzeitig behält sie sich die Möglichkeit vor, ihre Mitarbeit in dem Gremium zu kündigen. Eine endgültige Entscheidung will das Kirchenparlament bei seiner Tagung im November treffen, beschloss die Landessynode einstimmig. Im Gegensatz dazu hatten sich die Kirchen von Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe sowie die Evangelisch-reformierte Kirche zuvor dafür ausgesprochen, die Konföderation verschlankt fortzuführen. Ein Vertragsentwurf dazu liegt allen fünf Mitgliedskirchen vor.

Der Entwurf soll bis zum Herbst von den einzelnen Synoden endgültig verabschiedet werden. Danach soll das Parlament der Konföderation künftig ersatzlos wegfallen. Der zehnköpfige Rat, dem die leitenden Theologen und Juristen der fünf Kirchen angehören, soll gestärkt werden.

Rolf Bade sagte bei der Einbringung des Aktenstücks, inhaltlich unterschieden sich der gemeinsame Vertragsentwurf der fünf Kirchen und der Kündigungsentwurf der hannoverschen Landessynode nicht. In beiden Fällen sollen zum Beispiel gemeinsame Kirchengesetze künftig von der EKD oder den fünf einzelnen Landessynoden beschlossen werden, statt wie bisher von der konföderierten Synode. Deutliche Differenzen gebe es aber bei der Gestaltung. Da die Hannoveraner



Rolf Bade sieht den Vertragsentwurf nur als Zwischenschritt an

das Ziel einer gemeinsamen evangelischen Kirche in Niedersachsen weiter verfolgten, könne der Vertragsentwurf nur ein Zwischenschritt sein, betonte Rolf Bade. Er sei deshalb zeitlich zu befristen und fortlaufend zu evaluieren. Die Landessynode sprach sich für eine Frist von zehn Jahren aus. Im Entwurf heißt es bisher: „Dieser Vertrag ist unbefristet.“ In den nächsten Monaten sollen darüber weitere Gespräche mit den anderen Kirchen geführt werden. In der Aussprache verglich Fritz Haselhorn den Weg zu einer gemeinsamen Kirche in Niedersachsen mit der

Ostpolitik des früheren SPD-Bundeskanzlers Willy Brandt. „Annäherung durch Wandel“ sei ein bewährtes Rezept, sagte er: „Lassen Sie uns die Annäherung mit den anderen Landeskirchen suchen in der Hoffnung, dass daraus ein Wandel folgt. Damit zusammenwächst, was zusammengehört.“ Eine große Rolle könne dabei das Predigerseminar in Loccum spielen, da die künftigen Pastoren dort bereits gemeinsam ausgebildet würden. „Ich glaube, dass die Zeit des Mauerns jetzt vorbei ist.“ Allerdings sei ein „Fortschritt im Gleichschritt“ wohl nicht möglich.

Gerhard Tödter sagte: „Lassen Sie uns in Richtung des Neuvertrags gehen.“ Zwar könne die Landeskirche auch bei einer Kündigung alle notwendigen Belange regeln. „Aber bei einem geänderten Vertrag brauchen wir nicht mit der Rest-Konföderation zu verhandeln, sondern sind direkt beteiligt.“

Rolf Bade rief die Landessynode auf, am Ziel der gemeinsamen Kirche festzuhalten. „Nur weil wir so klar und präzise unsere Zielsetzung formuliert haben, haben sich die anderen bewegt.“ Zwar habe Hannover „eine gewisse Ungeduld gezeigt“, räumte Bade ein. Aber: „Hätte die Landessynode nicht so beschlossen, stünden wir heute nicht da, wo wir jetzt stehen.“ Rolf Bade begrüßte es, dass die Diakonie in Niedersachsen mit ihrem Zusammenschluss zu einem diakonischen Werk in Niedersachsen bereits die mögliche Entwicklung in der Konföderation vorwegnehme. Er sprach mit Blick auf das Votum von Fritz Hasselhorn von „Wandel durch Annäherung in unterschiedlichen Geschwindigkeiten“.

Landesbischof Ralf Meister plädierte für eine Begrenzung des verschlankten Modells auf zehn Jahre. „Wir haben in zehn Jahren genug Zeit, dass wir so weit kommen, dass wir Effizienz und Profilschärfung messen können.“ In der Konföderation habe sich eine deutliche Stimmung für eine effizientere Zusammenarbeit entwickelt. „Das bringt uns nach vorne.“

Für die nächsten Jahre sei wichtig, Vertrauen bei den Partnerkirchen zu schaffen. Dafür müsse die Landeskirche ein Signal geben. „Ich bin zuversichtlich, dass wir in den Herbsttagungen über einen neuen Konföderationsvertrag in den Landessynoden beschließen werden“, sagte Meister, der auch Ratsvorsitzender der Konföderation ist, nach der Abstimmung.

Diakonische Werke schließen sich zusammen

Die Diakonie in Niedersachsen will in Zukunft stärker mit einer Stimme sprechen. Vier von fünf diakonischen Werken im Land wollen zum Jahresbeginn 2014 ein umfassendes „Diakonisches Werk in Niedersachsen“ gründen. „Die Diakonie tritt geschlossen auf“, sagte Diakonie-Direktor Christoph Künkel. „Wir sind ausgesprochen froh, denn das bedeutet eine wirkliche Zäsur und einen ganz deutlichen Fortschritt.“

Die oldenburgische Diakonie beteiligte sich allerdings vorerst nicht an dem Zusammenschluss. Die Diakonie in Niedersachsen gehört mit rund 3000 Einrichtungen und etwa 50 000 Beschäftigten zu den größten Wohlfahrtsverbänden im Land.

Nach den Plänen werden die diakonischen Werke der Landeskirchen von Hannover und Braunschweig in dem neuen Werk aufgehen. Die Werke der reformierten Kirche und von Schaumburg-Lippe bleiben eigenständig, werden aber Mitglieder im landesweiten Werk. Mit der oldenburgischen Diakonie trifft das neue Werk eine Sondervereinbarung. Die hannoversche Landessynode beschloss, das Diakoniesgesetz an die neue Situation anzupassen. Christian Sundermann berichtete von einer positiven Dynamik bei den Verhandlungen nach schleppendem Beginn. „Die Sachthemen rückten nach vorn.“

Michael Thiel sagte, die gute Atmosphäre sei an der Basis bereits spürbar. In seinem Kirchenkreis liefen die Verhandlungen mit den braunschweigschen Nachbarn „ganz geschmeidig“. Rolf Bade sagte: „Sie haben etwas geschafft, von dem wir alle hoffen, dass es auch auf der Ebene der Konföderation zum Tragen kommt.“ Das sei ein „ermutigendes Zeichen für die Debatte, die eine Etage höher zu führen ist.“

Michael Thiel sagte, die gute Atmosphäre sei an der Basis bereits spürbar. In seinem Kirchenkreis liefen die Verhandlungen mit den braunschweigschen Nachbarn „ganz geschmeidig“. Rolf Bade sagte: „Sie haben etwas geschafft, von dem wir alle hoffen, dass es auch auf der Ebene der Konföderation zum Tragen kommt.“ Das sei ein „ermutigendes Zeichen für die Debatte, die eine Etage höher zu führen ist.“

Michael Thiel sagte, die gute Atmosphäre sei an der Basis bereits spürbar. In seinem Kirchenkreis liefen die Verhandlungen mit den braunschweigschen Nachbarn „ganz geschmeidig“. Rolf Bade sagte: „Sie haben etwas geschafft, von dem wir alle hoffen, dass es auch auf der Ebene der Konföderation zum Tragen kommt.“ Das sei ein „ermutigendes Zeichen für die Debatte, die eine Etage höher zu führen ist.“

Mehr Qualität für Fortbildung

Das Landeskirchenamt hat im Auftrag der Landessynode einen Leitfaden mit Kriterien zum Qualitätsmanagement für die berufliche Fortbildung entwickelt. Er kann von den Bildungseinrichtungen aufgenommen und für die Situation vor Ort umgesetzt werden. Das Michaeliskloster in Hildesheim etwa hat dies bereits getan. Die Einrichtungen hätten an den Kriterien selbst mitgewirkt, sagte Michael Gierow. Qualitätsmanagement könne nicht funktionieren, wenn es als lästige und „von oben aufgedrückte“ Aufgabe empfunden werde.

Tagung berät über Kirchenreformen

„Wie ein kleiner Kirchentag“, so beschrieb Fritz Hasselhorn die Tagung in Loccum, bei der im Januar mit breiter Beteiligung von Ehrenamtlichen über Kirchenstrukturen beraten wurde. Eine grundsätzliche Strukturreform sei nicht nötig, lautet ein Ergebnis. Allerdings müssten Regelungen für die Zusammenarbeit von Kirchengemeinden noch präzisiert werden. Kirchenkreise sollten verpflichtet werden, eine Gebäudebedarfsplanung zu machen. Näheres im Internet unter zukunftsstrukturen-loccum.landeskirche-hannovers.de.

Von Toleranz und Intoleranz

Ein Kapitel Philosophie, dazu Aktuelles aus der Politik und am Schluss eine Überraschung: Der Bischofsbericht bot diesmal wieder jede Menge Stoff zum Nachdenken.

Landesbischof Ralf Meister hatte sich für seinen Bischofsbericht diesmal ein philosophisches Thema ausgesucht. Angelehnt an das Jahresthema der EKD sprach er über „Reformation und Toleranz“. Und begann mit einem Schuldeingeständnis: „Es gab und gibt, oft christlich begründet, unsägliches Unrecht in der Welt. An den Kirchen kann man lernen, welche verheerenden Auswirkungen eine massive Intoleranz haben kann.“

Meister plädierte aber keinesfalls dafür, den Anspruch auf Wahrheit aufzugeben. Toleranz bedeute vielmehr, von einer eigenen Überzeugung her zu versuchen, den Wahrheitsanspruch eines anderen zu verstehen und sich ihm mit Respekt anzunähern. „Eine Gesellschaft muss so gestaltet bleiben, dass in ihr die fremde Überzeugung in angemessener Weise in der Öffentlichkeit präsent sein kann.“

Meister ging auch auf das Thema Homosexualität ein. Für ihn seien homosexuelle Partnerschaften keine Sünde, sagte er in der Aussprache. Er erlebe sie vielmehr als dauerhafte und verbindliche Beziehungen der Liebe von zwei Menschen. In der Landeskirche gebe es heute mehr als ein halbes Dutzend eingetragener Partnerschaften homosexuell lebender Pastoren. Er wisse, dass die Positionen dazu nach wie vor sehr unterschiedlich seien.

In seinem Bericht widmete sich der Landesbischof auch der Suche nach einem geeigneten Endlager für Atom- müll. Die Situation in Gorleben beschäftige die Landeskirche schon seit mehr als 30 Jahren. Bei der Endlager-Suche

sieht Meister alle Bundesländer in der Pflicht. „Wir wissen längst, dass eine nationale Frage ist.“ Er habe deshalb alle leitenden Theologen der deutschen Landeskirchen gebeten, sich dieses Themas anzunehmen und auf die Landesregierungen zuzugehen.

Meister begrüßte zudem die Einigung zwischen Gewerkschaften und Diakonie im Streit um die Tarife für rund 30 000 Beschäftigte. „Das Ergebnis ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, kirchengemäße Tarifverträge auszuhandeln, um schließlich als Ziel einen Flächentarifvertrag Soziales für Niedersachsen zu erhalten.“

Der Landesbischof rief die Kirche weiterhin auf, sich der veränderten Lebenswelt von Jugendlichen zu stellen. Ganztagschulen und soziale Medien prägten zunehmend den Alltag junger Leute. Mitarbeiter der kirchlichen Jugendarbeit könnten für Jugendliche „Vertrauenspersonen im Nahbereich“

sein und Gemeinschaftserfahrungen in „alternativen Räumen“ ermöglichen.

Für den Schluss hatte sich Meister ein „heißes Eisen“ aufgehoben. Er appellierte an den Konvent des Klosters Loccum, sich für Frauen zu öffnen. „Ich wünsche mir sehr, dass der Konvent erneut über die Aufnahme von Frauen in diese geistliche Gemeinschaft nachdenkt.“ Es habe große theologische Aussagekraft, wie der Konvent zusammengesetzt sei. Zum Konvent gehören traditionell nur Männer.

Meister hob besonders den Beitrag von Abt Horst Hirschler zum 850-jährigen Klosterjubiläum hervor. „Ohne seine Nähe zu diesem Ort, die er seit fast einem halben Jahrhundert pflegt und lebt, würde es ein solches Jubiläumsjahr nicht geben.“ Der Bischof würdigte Hirschlers Engagement und Leidenschaft, seine „hartnäckige Überzeugungskraft und seine erzählerische Gestaltungskraft“.



Landesbischof Ralf Meister bei seinem Vortrag

Was das Plenum dazu sagt

Abt Horst Hirschler erinnerte zum Thema „Toleranz“ an zwei kontroverse Themen aus der Vergangenheit: Abtreibungsrecht und Homosexualität. Das Thema homosexuelle Partnerschaften in Pfarrhäusern werde inzwischen „leise“ geregelt. „Es ist still, aber ist das richtig? Wir bleiben da mit Wunden und Gegensätzen stehen und müssen einen gemeinsamen Modus finden.“

Gerd Bohlen und Rolf Bade stellten den Antrag, die Abschnitte über Toleranz den Religionslehrkräften in den Oberstufen zur Verfügung zu stellen.

Martin Runnebaum sagte zur Jugendarbeit, ein Schwachpunkt sei die fehlende Nachhaltigkeit. Er bat um Überweisung an den Jugendausschuss.

Thorsten Tillner nannte den angestrebten Flächentarifvertrag Soziales eine „verheißungsvolle Perspektive“. Er bat um Überweisung an den Diakonie- und Arbeitsweltauusschuss.

Christian Sundermann warnte davor, ein kirchliches Streikverbot zu verankern. Das erschwere die Verhandlungen mit den Gewerkschaften. Auch der Präsident des Landeskirchenamtes, Burkhard Guntau, sagte: „Wir brauchen den Schulterchluss zu den Gewerkschaften.“

Rolf Bade unterstrich zur Aufnahme von Frauen im Loccumer Konvent: „Diese Frage muss zu einem Ende gebracht werden. Ich wünsche mir, dass wir die Kraft finden, zu einem Ergebnis zu kommen, damit nicht nur der brüderliche, sondern auch der geschwisterliche Geist Raum findet.“

Horst Hirschler erinnerte an die 850-jährige Tradition des Klosters und warb darum, Veränderungen sorgfältig zu bedenken: „Ich danke Ihnen aber dennoch für den kleinen Tritt, den Sie mir heute verpasst haben.“



Jörn Surborg berichtet aus der Arbeit des LSA

Haushalt erzielt deutliches Plus

Die Landeskirche hat das Haushaltsjahr 2012 mit einem deutlichen Plus abgeschlossen. Das sei ein großer Erfolg, der ohne konsequente Einsparungen nicht möglich gewesen wäre, sagte der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg: „Wir bleiben als Kirche handlungsfähig.“

Der Überschuss beträgt 50 Millionen Euro. Die Einnahmen summieren sich auf insgesamt 578 Millionen Euro, die Ausgaben betragen 528 Millionen Euro. Davon fließen 294 Millionen Euro als Zuweisungen an die Kirchenkreise. Dem steht allerdings eine Deckungslücke von rund 450 Millionen Euro bei der Altersversorgung der Pastoren und Kirchenbeamten gegenüber. Diese soll aus Mitteln der landeskirchlichen Rücklage geschlossen werden. Bis zum Jahr 2021 rechnet die Landeskirche mit leichten Haushaltsüberschüssen. Für 2022 sehen die Planungen erstmals wieder ein Defizit vor.

Aufgrund der guten Haushaltslage will die Landessynode 15 Millionen Euro zusätzlich an die Kirchenkreise aus-

schütten. Darüber hinaus will sie den Pastorenberuf attraktiver machen. „Wir wollen generell für Menschen in allen kirchlichen Berufsfeldern auch morgen ein attraktiver Arbeitgeber sein“, unterstrich Jörn Surborg. Er regte an, die Pastorengehälter ab dem 53. Lebensjahr generell um eine Stufe zu erhöhen.

Für das Landeskirchenamt begrüßte Rainer Mainusch den Vorschlag. Er müsse aber langfristig finanzierbar sein. „Wir dürfen nicht heute das Geld ausgeben, das wir morgen brauchen.“

Christian Castel sagte, vor allem das Gemeindepfarramt müsse attraktiver werden. Viele Pastoren zögen inzwischen ein Funktionspfarramt vor.

Michael Gierow erläuterte, durch die Erhöhung werde lediglich ein früherer Zustand wiederhergestellt. Die Inflation eingerechnet sei das Realeinkommen bei den Pfarrern in den vergangenen 30 Jahren um 38 Prozent gesunken.

Christof Pannes schlug vor, die Konzepte für Pastoren, Musiker und Diakone für mehr berufliche Attraktivität sinnvoll miteinander zu verknüpfen.

Landeskirche investiert 17 M

Jahrelang hat die Landessynode um die Zukunft des Predigerseminars in
Die Ausbildungsstätte wird komplett im Kloster Loccum a

Zum 850-jährigen Jubiläum macht die Landessynode dem Kloster Loccum ein besonderes Geschenk. Sie beschloss, für rund 17 Millionen Euro das Predigerseminar im Kloster auszubauen. Unter anderem sollen ein neues Gästehaus sowie eine neue Bibliothek entstehen. Weitere 2,4 Millionen Euro sollen der Umzug und die Ausstattung kosten.

„Unsere Vikarinnen und Vikare haben es bitter nötig, dass sie einen angemessenen Platz finden, wo die Ausbildung stattfindet“, sagte Vizepräsident Rolf Krämer. Loccum ist inzwischen die zentrale Ausbildungsstätte für alle evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen und Bremen. Die bestehenden Räume reichen dafür nicht aus. Die Landeskirche rechnet mit Zuschüssen von öffentlichen und privaten Stellen in Höhe von 4,5 Millionen Euro, so dass sich die Kosten entsprechend



Horst Hirschler erläutert die Sanierung der Loccumer Klosterkirche

vermindern. Allein für 4,9 Millionen Euro will sie die historische Bausubstanz des 1163 gegründeten Klosters sanieren. Diese Investition hätte ohnehin irgendwann angestanden, sagte Krämer. Zudem sollen neue Seminar-, Arbeits-

und Büroräume entstehen. Durch neue Freiflächen, Wege und Parkplätze wird das Kloster enger mit der benachbarten Evangelischen Akademie Loccum verbunden. Das Kloster selbst steuert 1,5 Millionen Euro bei und übernimmt

Wichtiges in Kürze

Der Ausschuss für Schwerpunkte und Planung kirchlicher Arbeit schlägt vor, den Zeitraum für die Personalplanung in den Kirchenkreisen ab 2017 von vier auf sechs Jahre zu erhöhen. Damit steige zwar das Planungsrisiko im Blick auf Einnahmen und Kosten, sagte Fritz Hasselhorn. Doch gegenwärtig herrsche in vielen Kirchenkreisen das Gefühl, ständig mit neuen Sparvorgaben konfrontiert zu werden. Außerdem sei der Zeitraum dann synchron zu den Amtsperioden der gewählten Vertretungsgremien wie der Landessynode.

Langer Name – kurzer Sinn: Das verbirgt sich hinter dem „Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes zur Festlegung der Zahl der Landes-superintendenten und Landessuperintendentinnen sowie zur Abgrenzung der Sprengel“. Der Titel lasse viel erwarten, doch es gehe nur „um einen Bindestrich und drei Buchstaben“, sagte Knut Laemmerhirt für den Kirchensenat. Der Sprengel Ostfriesland soll in „Ostfriesland-Ems“ umbenannt werden. Die Landessynode überwies den Gesetzentwurf an die Ausschüsse.

Sieben Kirchenkreise hatten ange-regt, bei Gesetzesvorlagen künftig eine verbindliche „Gesetzesfolgenabschätzung“ mit Überlegungen zu den rechtlichen und finanziellen Folgen vorzulegen, so wie in der Landesverwaltung. Der Rechtsausschuss war jedoch der Meinung, dies werde bei der Vorbereitung und Begründung von Kirchengesetzen ohnehin mitbedacht, sagte der Vorsitzende Thomas Reisner. Es müsse daher nicht extra in der Verfassung geregelt werden. Die Landessynode wies die Anträge daher zurück.

Millionen in Predigerseminar

in Loccum und seiner Bibliothek gerungen. Jetzt steht die Entscheidung. Angesiedelt. Zwei andere Varianten sind damit vom Tisch.

dazu eine Bürgschaft bis zu 2,5 Millionen, falls Zuschüsse ausfallen.

Das Predigerseminar wird künftig in der alleinigen Verantwortung der Landeskirche geführt, wie Krämer betonte.

Eine Kolleggruppe hatte in fast anderthalbjähriger Arbeit drei mögliche Bauvarianten für das Predigerseminar auf den Tisch gelegt. Die Vorschläge, das Predigerseminar ganz oder teilweise auf dem Gelände der Akademie und des Religionspädagogischen Instituts anzusiedeln, wurden von der Landessynode verworfen.

In der Debatte betonte Jörn Surborg, auch bei der Kloster-Lösung müsse es zu Begegnungen mit den Gästen der Akademie kommen: „Wie entsteht so etwas wie eine Loccumer Einheit?“

Landesbischof Ralf Meister forderte, Loccum müsse zu einem Bildungscampus weiterentwickelt werden. Die Diskussion um das Predigerseminar

könne dazu beitragen, darüber nachzudenken. Nötig seien inhaltliche Konzepte. Architektur allein genüge nicht. Michael Thiel plädierte dafür, die Angebote der Evangelischen Akademie, des Religionspädagogischen Instituts und des Predigerseminars miteinander zu vernetzen, damit ein Campus-Gefühl entstehen könne.

Für Fritz Hasselhorn ist das Kloster ein „idealer Standort“ für die Ausbildung der Vikare. Es sei ein „durchbeteter Raum“, sagte er in Anlehnung an ein Zitat von Margot Käßmann. „Das Kloster ist ein Schatz, mit dem wir wuchern müssen.“

Auch Michael Gierow hob die Ausstrahlungskraft des Zisterzienserklosters hervor. Die Akademie und das RPI seien nur wegen des Klosters nach Loccum gezogen.

Friederike Dauer sagte, die direkte Anbindung der Bibliothek an das Kloster

sei eine überzeugende Lösung, um die Ausbildung angehender Pfarrer zu gewährleisten.

Abt Horst Hirschler erläuterte, Loccum konkurreiere mit anderen Predigerseminaren. So richte die mitteldeutsche Kirche für zwölf Millionen Euro eine Ausbildungsstätte für angehende Pastoren im traditionsreichen Schloss der Lutherstadt Wittenberg ein.

Rolf Bade wandte sich mit einer Bitte direkt an Hirschler: „Ich glaube, Herr Abt, es ist dringend an der Zeit, den Konvent des Klosters auch für Frauen zu öffnen.“ Ein Thema, das bei der Tagung noch weiter für Aufsehen sorgen sollte.

Bei einem Besuch vor Ort konnten sich die Mitglieder der Landessynode selbst ein Bild vom Predigerseminar machen, in dem bereits seit mehr als 300 Jahren angehende Pastorinnen und Pastoren ausgebildet werden.

Der Finanzausschuss hat sich eingehend mit der Untersuchung „Charity Scope“ zum Spendenmarkt befasst. Die „Gesellschaft für Konsumforschung“ habe darin im Auftrag der Landeskirche das Spendenverhalten in Deutschland und nach Regionen aufgeteilt in der Landeskirche untersucht, erläuterte Gerhard Tödter. Danach erfahren die Bereiche „Kinder“, „Familie“ und „Krankheiten“ im Spendenmarkt einen Zuwachs, während „Dritte Welt“ und „Kirche“ Spender verlieren. Das Thema soll weiter diskutiert werden.

Eine einheitliche Fortbildung für Verwaltungsmitarbeiter bietet die EKD gemeinsam mit den Landeskirchen an. Der Lehrgang zum „EKD-Bilanzbuchhalter“ ist an entsprechende Angebote der Industrie- und Handelskammern angelehnt. Er vermittelt Kenntnisse der kaufmännischen Buchführung „Doppik“ sowie der erweiterten Kameralistik. Diese seien in der Fläche der kirchlichen Verwaltungen noch nicht überall ausreichend vorhanden, hieß es zur Begründung. Für die Fortbildung ist die EKD zuständig.

Ein neues Gesetz regelt die Rechtsstellung von Bischöfen und Bischöfinnen. Es legt unter anderem die Besoldung fest, die sie erhalten, wenn sie bereits vor dem Ruhestand ihr Amt abgeben. Damit schließt es eine Gesetzeslücke, die nach den Rücktritt von Margot Käßmann offenbar wurde. Zugleich nimmt die Regelung Bezug auf das neue Kirchengesetz, nach dem Landesbischöfe nicht mehr automatisch bis zu ihrem Ruhestand, sondern zunächst nur für eine Amtszeit von zehn Jahren gewählt werden.

Mehr Freiheit für Prädikanten

Die demografische Entwicklung sei der Ausgangspunkt für Überlegungen gewesen, die Altersgrenze von Prädikanten und Lektoren künftig von 68 auf 72 mit Verlängerungsmöglichkeit auf 75 Jahre zu erhöhen, sagte Vizepräsident Arend de Vries bei der Einbringung des neuen Lektoren- und Prädikantengesetzes. Es sei zunehmend so, dass Frauen und Männer, die auf ihren Ruhestand zgingen, noch eine entsprechende Ausbildung machen wollten. „Sie wollen noch einmal richtig aktiv werden – und das können wir sehr gut gebrauchen.“

Anders als bei den Pastorinnen und Pastoren, deren Predigtauftrag lebenslang gelte, gebe es bei den ehrenamtlichen Predigern eine Altersbeschränkung, um Einzelentscheidungen zu vermeiden.

Weiterhin werden Prädikanten sowohl mit der freien Wortverkündigung als auch mit der Leitung der Abendmahlsfeier beauftragt. In Einzelfällen seien



Arend de Vries

auch Trauungen und Trauerfeiern möglich. De Vries sagte, es gehe nicht nur darum, dass Prädikanten Gottesdienste übernehmen, die sonst nicht mehr angeboten werden könnten. Vielmehr sei das Gesetz auch ein Ausdruck

dafür, dass die Gottesdienstfeier ein Auftrag für die gesamte Gemeinde sei. Alwin Pfanne merkte kritisch an, dass Pastoren so lange auf der Kanzel stehen könnten, „bis sie herunterfallen“. Gerd Bohlen bat den Ausschuss für Theologie, Kirche und Mission, die Altersgrenze für Prädikanten und Lektoren zu überprüfen. Michael Gierow bat zudem um eine Überweisung an den Ausschuss für Arbeits- und Dienstrecht sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung. Jörn Surborg sagte, er sei ebenfalls über die Altersgrenze gestolpert: „Mit 76 Jahren kann man zwar überhaupt der katholischen Kirche sein, aber nicht mehr Lektor in der hannoverschen Landeskirche.“ De Vries sagte zum Schluss der Debatte, die Altersgrenze sei eine Grundsatzfrage und müsse wohl noch einmal bedacht werden.

Jugendliche besser beteiligen

Jugendliche sollen in der Kirche besser beteiligt werden. Dazu müssten sie vor allem als Experten in eigener Sache ernst genommen werden, unterstrich Wencke Breyer. Das Bild von der Jugend sei im stetigen Wandel. Sie selbst zähle zu den jüngsten Mitgliedern der Landessynode und sei aus der Jugendarbeit in das Gremium gekommen: „Und dennoch kann ich im Bereich Jugendarbeit und Jugend nicht mehr hundertprozentig auf eigene Erfahrungen verweisen.“

Jetzt soll geklärt werden, ob und wie künftig drei Mitglieder der Evangelischen Jugend mit beratender Funktion an Sitzungen der Landessynode teilnehmen können. Es soll geprüft werden, wie eine eintägige Jugendsynode alle drei Jahre umsetzbar wäre. Ein För-

derpreis könnte gezielt neue Formen der Beteiligung von Jugendlichen prämiieren. In der praktischen Ausbildung von Vikaren und Diakonen ist der Schwerpunkt Jugendarbeit nach wie vor nicht zwingend, wie sich in der Debatte herausstellte. Kritisch bewertet die Landessynode es auch, dass manche Kirchengemeinden den Jugendverbänden wie etwa den Pfadfindern Kosten für die Nutzung von Räumen in Rechnung stellen. Die Verbände übernehmen die Jugendarbeit auch stellvertretend für die Gemeinden, hieß es. Auf Antrag der Landessynode wird das Landeskirchenamt die Gemeinden darauf noch einmal besonders hinweisen. Wenn die Kirche Jugendlichen eine Heimat bieten wolle, brauche sie dafür geeignete Räume, unterstrich Breyer.



Wencke Breyer

Sakralgebäude als Schatz und Bürde

Durch die demografische Entwicklung wird die Zahl der Kirchenmitglieder Schätzungen zufolge bis 2030 um bis zu 30 Prozent zurückgehen. Immer häufiger stellt sich deshalb die Frage, wie die Landeskirche mit nicht mehr genutzten Kirchen und Kapellen umgehen soll. „Das ist eine Frage, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf“, sagte Oberlandeskirchenrat Adalbert Schmidt. Emotionen spielten dabei eine große Rolle.

Ein übergeordnetes Konzept für die noch rund 1660 Kirchen- und Kapellengebäude in der Landeskirche halte das Landeskirchenamt nicht für sinnvoll, sagte Schmidt. Ein solcher „Masterplan“ sei etwa im Bistum Hildesheim gescheitert. Die Sakralgebäude seien ein Schatz, aber sie kosteten auch Geld. Es sei kein Tabu mehr, sie in letzter Konsequenz auch abzureißen. Entscheidungen müssten jeweils im Einzelfall getroffen werden. „Die Kirchenkreise müssen im Zuge der Gebäudebedarfsplanung für ihren Bereich auch die Sakralgebäude einbeziehen“, mahnte Schmidt.

Landessuperintendentin Ingrid Spieckermann schilderte Erfahrungen aus dem Sprengel Hannover, in dem seit 2007 zehn Sakralgebäude aufgegeben wurden. „Bislang haben wir lediglich Nachkriegskirchen entwidmen müssen.“ Für die Kirchengemeinden bedeute dies immer auch einen Verlust von Heimat.

„Das sind schmerzliche Prozesse“, sagte Spieckermann. In Hannover werde jetzt die zweite entwidmete Kirche zu einer Synagoge. „Das ist ein Stück Wiedergutmachung für das, was wir jüdischen Gotteshäusern in unserer Geschichte zugemutet haben.“

Energiepflanzen begrenzen

Wieviel Mais und andere Pflanzen dürfen zur Energiegewinnung angebaut werden? Mit Blick auf Biogasanlagen wirft der Umwelt- und Bauausschuss einen differenzierten Blick auf ein kontroverses Thema. Den Gemeinden empfiehlt er, auf ihrem Pachtland das Umpflügen von weiterem Grünland für den Anbau von Energiepflanzen nicht zuzulassen. Die Kirchen- und Kapellengemeinden hätten neben der Schöpfungsverantwortung auch ein Interesse am Werterhalt ihrer Flächen, sagte Bettina Siegmund. Sie appellierte an die



Bettina Siegmund

Gemeinden, entsprechende Musterverträge zu nutzen. In Niedersachsen werde auf knapp elf Prozent der Ackerfläche Energiemais angebaut. In einigen Regionen werde dabei das umweltverträgliche Maß überschritten, sagte die promovierte Agraringenieurin: „Man kann Mais durchaus nachhaltig anbauen. Es ist ein Problem der Menge und Intensität.“

Zu den Folgen des Maisanbaus auf immer größeren Flächen und in immer kürzerer Abfolge zählten die Belastung von Boden und Grundwasser durch Düngemittel und steigende Preise für

Nahrungsmittel. Fast 1500 Biogasanlagen in Niedersachsen produzierten 30 Prozent des deutschen Biogases, sagte Siegmund. Zumeist gehörten sie zu landwirtschaftlichen Betrieben.

Durch die Förderung erneuerbarer Energien seien die Anlagen ökonomisch attraktiv und keineswegs verwerflich. Aber eine nachhaltige Biogasproduktion brauche Regelungen. So sei es besser, Reste landwirtschaftlicher Produktion zu verwenden, als gezielt Energiepflanzen anzubauen. Die Gesellschaft müsse insgesamt darauf achten, dass weiter genügend Nahrungsmittel produziert werden.

Die Landessynode nimmt mit ihrer Stellungnahme eine Anfrage aus dem Kirchenkreis Rhaderfehn auf. Der Kirchenkreistag hatte die Synode aufgefordert, sich generell gegen die Verwendung von Lebensmitteln zur Herstellung von Agrokraftstoffen auszusprechen. Dem folgt das Synodendokument nicht. Die Verwendung von Lebensmitteln für die Energieproduktion generell zu verbieten, sei nicht sinnvoll, sagte Siegmund. Es bestehe dann die Gefahr, dass alternativ Energiepflanzen angebaut würden, die für die Ernährung nicht geeignet seien.

Marie-Luise Brümmer lobte, dass der Bericht die Kirchengemeinden an ihre Verantwortung als Pachtgeber erinnere. Die Komplexität des Themas werde deutlich, ergänzte Gerd Bohlen. Landesbischof Ralf Meister sagte: „Das Erneuerbare-Energien-Gesetz braucht eine klare Revision.“ Siegmunds Vortrag habe erneut gezeigt, dass die hannoversche Landeskirche in der EKD in Fragen der Energiewende die größte Expertise habe. An dem Bericht haben der Kirchliche Dienst auf dem Lande, der Umweltbeauftragte und die Arbeitsstelle Umweltschutz mitgewirkt.

Missionswerk ringt um künftigen Kurs

Nach Einsparungen in Millionenhöhe muss sich das Ev.-luth. Missionswerk in Niedersachsen neu positionieren. Kürzungen von 30 Prozent hätten weitreichende Entscheidungen nötig gemacht, berichtete die scheidende Missionsdirektorin Martina Helmer-Pham Xuan in ihrem letzten Bericht vor der Landessynode.

Wer entscheide, mache sich stark für eine Position – „und damit natürlich auch angreifbar“. Nach zehn Jahren an der Spitze hatte die Direktorin nicht die nötige Zweidrittel-Mehrheit für eine Verlängerung ihrer Amtszeit erhalten. Sie beendet ihren Dienst zum Oktober. Die Landessynode verabschiedete sie mit Blumen und stehendem Applaus. Oberlandeskirchenrat Rainer Kiefer dankte „für ihr Engagement und ihre hohe Loyalität“.

Das von Ludwig Harms vor mehr als 160 Jahren gegründete Werk in Hermannsburg hatte für seine Neuausrichtung auch eine Unternehmensberatung

eingeschaltet, wie die Direktorin berichtete. Als zukunftsweisend stellte Helmer-Pham Xuan die Gründung der Fachhochschule für interkulturelle Theologie und eine geplante Zweig-



Martina Helmer-Pham Xuan

stelle mit drei Fachreferenten in Hannover vor. Über die Neuorientierung gebe es aber Kontroversen. Neben den Trä-

gerkirchen Hannover, Braunschweig und Schaumburg-Lippe seien in den Entscheidungsgremien zwei weitere Landeskirchen sowie Freundeskreise und Unterstützerguppen vertreten, sagte sie zum Hintergrund. Sie warb dafür, das Missionswerk als internationales Kompetenzzentrum zu sehen: „Wir sind nicht mehr die sendende Einrichtung, die unsere Partner initiativ bei der Kirchengründung begleitet, sondern wir arbeiten mit gleichberechtigten Partnern aus vielen Ländern zusammen.“ Eine Unternehmensberatung habe dazu das neue Programm „Partner in Mission“ entwickelt.

Interkulturelle Kompetenz sei nicht nur angesichts der Herausforderungen in den Partnerkirchen wichtig. In Deutschland sei die Kirche noch wenig davon berührt, dass jeder sechste Bürger einen Migrationshintergrund habe. Der Bericht soll im Ausschuss für Theologie, Kirche und Mission beraten werden.

Hilfe für Diaspora

Die Diaspora-Arbeit für Protestanten in Minderheitensituationen hat eine lange Tradition. Dabei unterstützt die Landeskirche nicht nur Partnerkirchen im Süden, sondern auch in Osteuropa, berichtete Oberlandeskirchenrat Rainer Kiefer. Christine von Klencke unterstrich: „Der Blick nach außen befruchtet nicht nur die Partnerkirchen, sondern auch uns.“ Gunda Dröge ergänzte, auch in Niedersachsen gebe es Diaspora-Situationen: „Wir kämpfen im Emsland, jeden Tag aufs Neue, auf Augenhöhe wahrgenommen zu werden.“ Dort seien 80 Prozent der Bevölkerung katholisch.

Medienzentrum: Erste Schritte sind getan

Der Vorsitzende des Ausschusses für Öffentlichkeit, Medien und Kultur, Jörn Surborg, und Oberlandeskirchenrat Rainer Kiefer waren sich einig: Durch die Arbeit des Evangelischen Medien-ServiceZentrums (EMSZ) ist die Bündelung der Kommunikations- und Serviceangebote in der Landeskirche besser geworden. Allerdings fehle noch immer ein landeskirchliches Kommunikationskonzept. „Da haben wir eine Baustelle“, sagte Kiefer.

Surborg lobte die hohe Einsatzbereitschaft sowie den Fleiß und die Kreativität der Mitarbeitenden. Eine große Belastung für ihre Arbeit sei die unge-

klärte Rollendefinition. Es müsse dringend eine „zumindest mittelfristig wirksame Kommunikationsstrategie der Landeskirche“ erarbeitet werden. Erst daraus könnten die Rollen und Ziele für das EMSZ definiert werden. Dazu brauche es eventuell eine „Art Runden Tisch 2.0“, auf jeden Fall aber eine externe Begleitung.

Zum Thema soziale Netzwerke gibt es Surborg zufolge im Ausschuss eine große Zurückhaltung. Ein sinnvolles Engagement hätte einen erheblichen Personaleinsatz zur Folge. Das EMSZ soll in der Herbsttagung und auch in der 25. Landessynode Thema bleiben.

Verbindung mit Judentum soll in die Verfassung

Die Landeskirche will einen Passus zur besonderen Verbindung von Christen und Juden in ihre Verfassung aufnehmen. „Es ist allerhöchste Zeit, dass sich unsere Landeskirche für ein anderes Verhältnis zum Judentum in der Verfassung verpflichtet“, sagte Landesbischof Ralf Meister. Dies sei historisch und theologisch in der Jahrhunderte langen Schuld der Kirchen gegenüber den Juden begründet.

In dem vorliegenden Gesetzentwurf heißt es unter anderem: „Die Landeskirche ist durch Gottes Wort mit dem jüdischen Volk verbunden. Sie achtet seine Erwählung zum Gottesvolk.“ Der Entwurf schließt Mission unter Juden aus und benennt die Schuld der Kirchen gegenüber dem Judentum. Er verpflichtet die Landeskirche, jeder Form von Judenfeindschaft entgegenzutreten. Laut Meister soll er im November zum 75. Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 1938 beschlossen werden.

Die meisten deutschen Landeskirchen hätten bereits solche Aussagen in ihre Verfassungen aufgenommen, sagte Meister. Innerhalb der EKD würden heute alle Formen der Judenmission nicht mehr unterstützt. Gleichwohl gebe es von christlichen Gruppen außerhalb der EKD Bestrebungen zur Mission unter jüdischen Migranten aus Osteuropa. Davon seien die jüdischen Gemeinden stark irritiert.

Rolf Bade sagte, in der Sache sehe er keine Differenzen. Allerdings stelle sich die Frage, ob der Satz zur Judenmission wirklich in den Verfassungsrang erhoben werden sollte. Darüber sollten die Ausschüsse noch einmal beraten. Reinhard Feldmeier teilte diese Bedenken. Der Missionsbegriff werde hier undifferenziert verwendet und könne auch in andere Richtungen interpretiert werden als beabsichtigt.

Ingrid Spieckermann dagegen plädierte vehement für den Verfassungsrang. Das christliche Zeugnis gegenüber den



Ingrid Spieckermann

Juden sei seit der alten Kirche verheerend gewesen. Juden seien von Christen verfolgt worden. Christus habe aber nicht mit dem Schwert gewirkt, sondern sei ans Kreuz gegangen. „Vor dem Hintergrund der Perversion des Zeugnisbegriffs können wir heute den Begriff der Judenmission nicht mehr in den Mund nehmen.“ Der Antijudaismus wirke verdeckt weiter.

Erholung im Kloster

Die Pläne für ein Haus „Respiratio“ im Kloster Barsinghausen sind weit fortgeschritten. „Ende gut, fast alles gut“, sagte der Präsident des Landeskirchenamtes, Burkhard Guntau, in seinem letzten Bericht vor der Landessynode. Die Landeskirche möchte das Erholungshaus für Pastoren und andere Mitarbeiter gemeinsam mit weiteren Landeskirchen umsetzen. „Auch mit der Klosterkammer sind wir handelseinig geworden“, sagte Guntau. Im Kloster Barsinghausen sollen zunächst acht Plätze für Pastoren entstehen, die unter Erschöpfung oder Zweifeln an ihrer Berufung leiden.

Begrenzte Amtszeit

Das Landessuperintendentenamt wird wie das Bischofsamt künftig nur noch auf zehn Jahre begrenzt vergeben. Die Landessynode beschloss eine entsprechende Verfassungsänderung. Das Gesetz sieht aber jeweils die Möglichkeit vor, nach dieser Frist die Amtszeit bis zum Ruhestand zu verlängern. Nach den Erfahrungen der letzten Bischofswahl ändert sich auch das Wahlverfahren. Im dritten Wahlgang müssen nicht mehr zwingend zwei Kandidaten benannt werden. Bei der Bischofswahl im November 2010 hatte Wolfgang Gern seine Kandidatur nach dem ersten Wahlgang zurückgezogen.

Entspannt altern

Um das Älterwerden im Pfarrberuf zu erleichtern, hat eine Arbeitsgruppe des Landeskirchenamtes einen Maßnahmenkatalog entwickelt, den Personalchefin Nicola Wendebourg vorstellte: Speziell vorbereitete Ruheständler kommen bis zu einem Vierteljahr in eine Kirchengemeinde, damit der Pastor oder die Pastorin eine Auszeit nehmen kann. Mit dem Pastorkolleg werden „Gipfelkurse“ angeboten, die den Pastoren eine individuelle Standortbestimmung ermöglichen. Ältere Pastoren können junge Kollegen als Entlastungskraft etwa für die Konfirmandenarbeit anfordern.



Abschied von Landeskirchenamtspräsident Burkhard Guntau



Karin Aulike

Langer Applaus für Burkhard Guntau

Mit lang anhaltendem stehenden Applaus hat die Landessynode den Präsidenten des Landeskirchenamtes, Burkhard Guntau, verabschiedet. Der gebürtige Hildesheimer, der das Landeskirchenamt fünf Jahre lang leitete, habe seine neuen Aufgaben 2008 mutig angepackt, sagte Synodalpräsident Jürgen Schneider. Dazu habe die Reform der Abteilungsstruktur im Amt gehört. Er habe das Amt aber nicht nur innerlich, sondern auch äußerlich umgebaut. Die Flure seien heller und das Linoleum bunter geworden. Wer das Gebäude jetzt betrete, habe nicht mehr das Gefühl „in der Sicherheitsschleuse eines Gefängnisses“ zu stehen. „Aber

am meisten hat mich immer Ihre freundliche Gelassenheit beeindruckt“, sagte Schneider zu Guntau, der im März 65 Jahre alt wurde. Er habe Differenzen nie auf der Beziehungsebene ausgetragen und die Landessynode „grundsätzlich wertgeschätzt“.

Guntau entgegnete, er sei zutiefst gerührt. „Was ist das für eine Gnade, wenn man in dieser warmherzigen Art verabschiedet wird.“ Er habe sich immer sehr wohl und heimisch in der Landessynode gefühlt. Der Jurist, der über den Staatsdienst in die Kirche kam, wurde 1991 in die Landessynode berufen. Seit 1992 gehörte er dem Kirchensenat an.

Aulike in neuer Jury

Karin Aulike ist in die neu zu bildende Jury des Fonds „Kulturarbeit in Kirchen – Kulturkirchen“ gewählt worden. Der Fonds unterstützt die Begegnung von zeitgenössischer Kunst und Kultur mit Kirche und Theologie.

*Herausgegeben im Auftrag der
24. Landessynode der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers vom
Lutherischen Verlagshaus GmbH, Hannover,
Knochenhauerstraße 38/40, 30175 Hannover*

Redaktion:

Ulrike Millhahn (verantwortlich)

Michael Grau, Karen Miether,

Gestaltung und Layout: Marc Vogelsang,

Martina Rosenwirth

Lutherisches Verlagshaus

Fotos: Jens Schulze

Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen

Unter Mitwirkung der

Öffentlichkeitsbeauftragten

www.synode.landeskirche-hannovers.de

*Wenn Sie sich künftig nach jeder Tagung der Landessynode der
Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über die Tagung informieren
wollen und ein oder mehrere „beraten und beschlossen“ beziehen möchten,
bestellen Sie dies bitte beim Lutherischen Verlagshaus GmbH,
Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover, Telefon 0511/1241-736,
Fax 0511/1241-705, E-Mail synode@lvh.de*